

Monjo, Roger

Pädagogische Autorität: Unsicherheiten und Widersprüche. Eine Auseinandersetzung mit Alain Renaut und Myriam Revault d'Allonnes

Zeitschrift für Pädagogik 53 (2007) 5, S. 639-650



Quellenangabe/ Reference:

Monjo, Roger: Pädagogische Autorität: Unsicherheiten und Widersprüche. Eine Auseinandersetzung mit Alain Renaut und Myriam Revault d'Allonnes - In: Zeitschrift für Pädagogik 53 (2007) 5, S. 639-650 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-44173 - DOI: 10.25656/01:4417

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-44173>

<https://doi.org/10.25656/01:4417>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ

<http://www.beltz.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Inhaltsverzeichnis

Thementeil: Pädagogische Autorität

<i>Roland Reichenbach/Philippe Foray</i> Vorbemerkungen zum Thementeil	599
<i>Friedhelm Brüggem</i> Autorität, pädagogisch	602
<i>Philippe Foray</i> Autorität in der Schule – Überlegungen zu ihrer Systematik im Lichte der französischen Erziehungsphilosophie	615
<i>Denis Kambouchner</i> Pädagogische Autorität und die Sinnkrise des schulischen Lernens	626
<i>Roger Monjo</i> Pädagogische Autorität: Unsicherheiten und Widersprüche. Eine Auseinander- setzung mit Alain Renaut und Myriam Revault d'Allonnes	639
<i>Roland Reichenbach</i> Kaschierte Dominanz – leichte Unterwerfung. Bemerkungen zur Subtilisierung der pädagogischen Autorität	651
<i>Deutscher Bildungsserver</i> Linktipps zum Thema „Pädagogische Autorität“	660
 <i>Allgemeiner Teil</i>	
<i>Manuela Pietraß</i> Der Zuschauer als Voyeur oder als Opfer? Zur Problematik realitätsnaher Gewalt im Film	668

<i>Silke Schreiber-Barsch/Christine Zeuner</i> international – supranational – transnational? Lebenslanges Lernen im Spannungsfeld von Bildungsakteuren und Interessen	686
--	-----

Essay

<i>Rudolf Tippelt</i> Ausgewählte pädagogische Lemmata und ihre bildungspolitischen Konnotationen	704
---	-----

Besprechungen

<i>Kathrin Dederling</i> Manfred Weiß (Hrsg.): Evidenzbasierte Bildungspolitik	718
---	-----

<i>Justin J.W. Powell</i> Brigitte Kottmann: Selektion in die Sonderschule	721
---	-----

<i>Cristina Allemann-Ghionda</i> Rosarii Griffin (Hrsg.): Education in the Muslim World	724
--	-----

<i>Klaus Prange</i> Werner Korthaase/Sigurd Hauff/Andreas Fritsch (Hrsg.): Comenius und der Weltfriede	726
--	-----

<i>Christian Niemeyer</i> Ulrich Herrmann (Hrsg.): „Mit uns zieht die neue Zeit ...“	729
---	-----

Dokumentation

Erziehungswissenschaftliche Habilitationen und Promotionen in 2006 – Ein Nachtrag	733
--	-----

Pädagogische Neuerscheinungen	738
-------------------------------------	-----

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe der Z.f.Päd. liegt ein Prospekt von IHI Rodenbach, 57639 Rodenbach, bei.

Roger Monjo

Pädagogische Autorität: Unsicherheiten und Widersprüche

Eine Auseinandersetzung mit Alain Renaut und Myriam Revault d'Allonnes*

Zusammenfassung: Die französische Philosophie hat sich der Frage der Autorität angenommen und nimmt dabei durchaus radikale Positionen ein, indem sie entweder das „Ende der Autorität“ oder deren Neubegründung postuliert. Im Gegensatz zu phänomenologischen oder hermeneutischen Ansätzen, die mehrere Facetten – beispielsweise erzieherischer – Situationen aufzeigen, in denen Autorität zum Einsatz kommt, ist das philosophische Denken von einer gewissen Einseitigkeit bestimmt. Angesichts der zaghaften, ratlosen und widersprüchlichen Schlussfolgerungen, zu denen die in diesem Artikel vorgestellten philosophischen Beiträge kommen, wird deutlich, dass es der Philosophie in Zukunft weniger darum gehen kann, Abgesänge oder Loblieder auf die Autorität anzustimmen, als darum, die Voraussetzungen für das Nachdenken über Autorität neu abzustecken.

Einleitung

Die Frage der Autorität ist heute in Frankreich ein beliebter Gegenstand philosophischer Überlegungen und zwar unabhängig davon, ob diese im relativ engen Zirkel eines Fachkreises angestellt werden oder ob sie darüber hinaus darauf zielen, in die öffentliche Debatte einzugreifen. Würde man die phänomenologische oder deskriptive Ausrichtung eines *soziologischen* Blickwinkels privilegieren, könnte die Bilanz nach einer detaillierten Analyse der sozialen Situationen, in denen Autorität ausgeübt wird, gar nicht anders als ausführlich und differenziert ausfallen und müsste zwangsläufig jede scharfe und einseitige Bewertung in dieser Sache ausklammern. Man müsste die Indizien eines Rückgangs oder einer Schwächung der Autorität ebenso berücksichtigen wie die Anzeichen, die im Gegenteil eine Verstärkung der sozialen Maßnahmen oder Mechanismen attestieren, die auf der Ausübung eines Zwangs (Unterwerfung, Beherrschung usw.) beruhen. Und dieses Ergebnis gälte in besonderer Weise gerade für die pädagogischen und politischen Beziehungen, wie sie sich heutzutage dem *objektivierenden* Ansatz der Soziologie darstellen, aber auch dem der Politik- und Erziehungswissenschaften oder ganz allgemein der Geistes- und Sozialwissenschaften.

Die soziologische Analyse geht dahin, alle Ergebnisse unabhängig davon, ob sie von einer Schwächung oder einer Zunahme von Autorität zeugen, auf derselben Ebene der beobachteten Fakten anzusiedeln, sodass – möglicherweise zirkuläre – Kausalitätszusammenhänge etwa zwischen dem wachsenden Ungehorsam der Schüler und dem zunehmenden Gewicht der Beurteilung durch den Lehrer, zwischen vermehrter Zwangsausübung durch die Eltern und übersteigter Aufsässigkeit der Kinder oder

* Aus dem Französischen von Anne Schürmann

auch zwischen einem wachsenden Argwohn gegenüber politischer Autorität und ihrer Ausübung über den Ermessensspielraum hinaus ausgemacht werden könnten. Dieser methodologische Relativismus führt zu einer ungewissen Diagnose, wenn diese als „Krise der Autorität“ formuliert wird: Zeugen die kritischen Situationen von einem „autoritaristischen Abdriften“ der Autorität oder verweisen sie im Gegenteil auf deren Destabilisierung? Was ist Ursache, was ist Wirkung?

In einem gewissen Sinne nimmt der philosophische Ansatz auch eine Annäherung der beiden zuvor erwähnten Serien gegensätzlicher Phänomene vor, indem er stets dieselbe Frage aufwirft, nämlich die nach der *legitimen Autorität*, die dann eben aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln gestellt wird. Die erste Serie (Beispiele abnehmender Autorität) führt zu der Frage, unter welchen Bedingungen eine Autorität, deren Rechtmäßigkeit alles in allem unstrittig ist, möglicherweise wieder hergestellt werden kann. Die zweite Serie (Beispiele zunehmender Autorität) lässt ihrerseits die Frage nach der Legitimität der beobachteten Zwangsmaßnahmen und Machtverhältnisse aufkommen. In beiden Fällen ist das Autoritätskonzept nicht mehr nur deskriptiv und erklärend, sondern erlangt eine konstitutive Gültigkeit. Das geschieht, indem die Autorität an sich, als konstitutives Prinzip und als Quelle der Legitimität ihrer Erscheinungsformen, reflektiert wird, sodass schließlich der Begriff der *legitimen Autorität* tautologisch wird. Beinhaltet für den Soziologen Autorität nur die Möglichkeit oder die Wahrscheinlichkeit eines Befehls, durchgesetzt und befolgt zu werden, d.h. eine Herrschaftskomponente, die gleichermaßen stark oder schwach sein kann, so wird sie für den Philosophen zu einer Machtkomponente, die auf nichts anderes als ihre Steigerung ausgerichtet ist, weil das ihrem Wesen entspricht und die Voraussetzung für ihre Legitimität darstellt.

Das philosophische Autoritätskonzept zielt also weniger darauf, eine bestimmte soziale Wirklichkeit zu beschreiben, die sich von anderen – durch Konzepte der Macht, der Herrschaft oder des Zwangs beschriebenen – Situationen unterscheidet, sondern es ist vielmehr ein allgemeines Konzept, das die Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit aller Situationen beschreibt, in denen Macht, Herrschaft oder Zwang ausgeübt werden. Und alle Erscheinungsformen, ob sie nun von einer Schwächung oder im Gegenteil von einer Erstarkung der zwischenmenschlichen Autorität zeugen oder sogar von beidem zugleich, können gleichermaßen als „Beweise“ (Zeichen, Symptom, Ausdruck...) gelten für eine *Krise der Autorität*, eine Krise der (sowieso legitimen) Macht oder einer Krise der Legitimität (der faktischen Macht). Während die Soziologie und ihre Nachbardisziplinen dazu anhalten, das Konzept der Autorität zu „dekonstruieren“, indem sie die ihnen eigenen Stärken der Beschreibung und Erklärung auf eine Vielzahl von Situationen anwenden, trägt die Philosophie durch eine generische Begriffsbestimmung zu einer „Neuzusammensetzung“ des Konzepts bei. Geben die beobachteten Fakten aus soziologischer Sicht die jüngste Realität wieder, die es zu interpretieren und zu erklären gilt, werden sie aus philosophischer Sicht zu Verweisen auf eine tiefere Wirklichkeit, die durch Beurteilung zu ermessen ist: als zeitgenössische Krise der Autorität.

Der philosophische Standpunkt versucht, den deskriptiven und den evaluativen Ansatz zu verbinden, wobei das Risiko einer Verwechslung in Kauf genommen wird. So öffnet sich ein Raum für die Begegnung einer restaurativen Perspektive einerseits (die

der Wiederbelebung der Autorität) und einer kritischen Perspektive andererseits (die vom Ende der Autorität nicht allein als Diagnose, sondern als Programm). Besonders zwei neuere Veröffentlichungen (Alain Renaut 2004 und Myriam Revault d'Allonnes 2006) kommen jedoch offenbar ohne dieses symmetrische und einseitige Verfahren aus. Dies gelingt ihnen zunächst, weil sie beide den Kantschen Standpunkt der „erweiterten Denkungsart“ einnehmen in dem Sinne, dass sie, soweit das im Hinblick auf die vertretene These möglich ist, den „Standpunkt des anderen“ mit einbeziehen, d.h. die Diskussionsbeiträge, die ihnen zulässig erscheinen. Außerdem berücksichtigen sie in dem Maße, in dem der philosophische Diskurs dies erlaubt, Erkenntnisse aus den Sozial- und Humanwissenschaften, sodass ihre Überlegungen zwangsläufig über die traditionelle, rein metaphysische Argumentation hinausgehen. Dabei unterziehen sie die Gültigkeit des philosophischen Diskurses so etwas wie einer „Faktenprobe“. Das Buch von Revault d'Allonnes, dessen Titel *Le pouvoir des commencements* („Die Macht der Anfänge“) lautet, kann man zudem als eine Art „Antwort“ auf die *La fin de l'autorité* („Das Ende der Autorität“) betitelte Publikation von Renaut lesen. Dies war zwar möglicherweise so von Revault d'Allonnes nicht intendiert, zumal sie sich an keiner Stelle ihres Werks auf *La fin de l'autorité* beruft, doch lädt allein die Symmetrie der beiden Titel (Anfang versus Ende, Macht versus Autorität) zu einer vergleichenden Lektüre ein.

1. Von der Emanzipation zur Abschaffung der Autorität

In *La fin de l'autorité* bezieht sich Renaut auf eine Argumentation, die er bereits in einem früheren Werk (Renaut 2002) entwickelt hat, und versucht nun, deren philosophische Dimension vollständig aufzuzeigen. Es geht dabei um die Frage nach der Ausübung von Autorität im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft. In der Publikation aus dem Jahre 2002 fragt sich der Autor, ob es möglich ist, eine historische Bewegung der „Befreiung der Kinder“ auszumachen, die charakteristisch für die Neuzeit wäre. Der gleich lautende Titel des Werkes, *La libération des enfants*, schließt von daher eine Anspielung auf eine der berühmtesten Thesen Hannah Arendts ein, die sie am Ende der fünfziger Jahre in einem Vortrag über *Die Krise in der Erziehung* vertreten hat. Ihre These lässt sich wie folgt zusammenfassen: Allein die Vorstellung einer „Befreiung“, einer historischen Emanzipationsbewegung, sei, wenn man sie auf Kinder anwende – im Unterschied zu ihrer Anwendung auf historische Prozesse, die Arbeiter oder Frauen erlebt haben –, illusorisch, mystifizierend und sogar gefährlich. Unter Vermischung deskriptiver und normativer Aspekte behauptet Arendt, es sei unmöglich, Kinder mit einer „unterdrückten Minderheit“ gleichzusetzen, wie man das mit den beiden anderen erwähnten Gruppen im Laufe ihrer Geschichte durchaus habe tun können. Alain Renaut geht es nun darum, auf der Basis einer aus philosophischer Sicht betrachteten Geschichte der Kindheit, die Zulässigkeit und Tragfähigkeit der von Arendt bestrittenen These der „Befreiung der Kinder“ neu zu prüfen.

Ohne die Überlegungen Renauts hier im Einzelnen vollständig nachzeichnen zu können, lohnt es, die Periodisierung festzuhalten, die der Autor vorschlägt, um die Ge-

schichte der Kindheitsvorstellungen zu gliedern. Er unterscheidet drei Etappen: das Altertum („le moment des *anciens*“), die Neuzeit („le moment des *modernes*“) und schließlich die heutige Zeit („le moment des *contemporains*“), die von manchen Autoren auch als „zweite Moderne“, „Spätmoderne“ oder „Postmoderne“ bezeichnet wird. Eben diese Periodisierung findet sich auch bei Myriam Revault d'Allonnes, doch wird sie anders interpretiert.

Während die Frage der Erziehung, so Renaut, bei den *anciens* in Hinblick auf die Vergangenheit, die Tradition und ihre Bewahrung gestellt wird, ist sie bei den *modernes* im Gegenteil untrennbar mit der Frage nach der Zukunft verknüpft. Während erstere vor allem das Überdauern und die Bewahrung der Tradition im Blick haben, geht es letzteren in erster Linie um das Überdauern und den Fortbestand der menschlichen Gemeinschaft. Da Erziehung folglich für die Gemeinschaft als solche im Hinblick auf ihre zukünftige Entwicklung von Interesse ist, erscheint die „öffentliche“ Übernahme dieser Aufgabe – selbst die „staatliche“, wenn der Staat sich auf diese öffentliche Dimension seines Handelns beruft – vollkommen legitim. Insofern ist in dieser Phase des Übergangs von der alten zur neuzeitlichen Welt paradoxerweise ein Nachlassen der Autorität der Tradition und zugleich eine Zunahme und Konsolidierung der Autorität über die Kinder zu beobachten. Diese Zunahme und Konsolidierung werden jedoch von der konstanten Bemühung begleitet, Dressur von (wahrer) Erziehung zu unterscheiden, denn für den modernen Menschen ist es nicht vorstellbar, dass die Zukunft der menschlichen Gesellschaft von Maßnahmen bestimmt wird, die den Werten derselben widersprechen.

In seiner Argumentation unterzieht Renaut die Thesen von Philippe Ariès einer kritischen Prüfung und verweist auf die aus ihnen entstandene „Vulgata“, deren vereinfachendes Schema sich etwa so zusammenfassen lässt: In der Neuzeit (16. und 17. Jahrhundert) kam es auf der Gefühls- und Gemütsebene zu einer Anerkennung des Kindes, die paradoxerweise nicht zu seiner Befreiung, sondern – insbesondere auf dem Weg der Beschulung – zu seiner Unterdrückung (Einweisung, Ausschluss) geführt hat. Renaut betrachtet diese Entwicklung aus philosophiegeschichtlicher Perspektive und kommt dabei zu folgender Interpretation: Was in der Neuzeit aufkomme, sei weniger ein „Gefühl“ für die Kindheit in seiner affektiven Dimension und auch mit seinen „perversen Auswirkungen“, als vielmehr die Anerkennung des Kindes als Mensch und damit die seines Rechts auf Freiheit. Dies habe zu einem juristischen Verständnis des Generationenverhältnisses und infolgedessen zur Formulierung einiger Rechte geführt.

Die Geschichte des Humanismus ist selbst eine Geschichte der Freiheit, sodass man darin eine sich stets fortentwickelnde Dialektik der Rechte und Pflichten in Etappen sehen kann (so steht Erasmus am Ende der ersten „Krise in der Erziehung“, während Rousseau die zweite eröffnet). Das Grundprinzip dieser Dialektik lässt sich folgendermaßen formulieren: Anfangs stehen dem Kind Rechte (auf Schutz, auf Beistand...) zu, welche für die Erwachsenen (Eltern, Ausbilder) ebenso viele Pflichten mit sich bringen, die wiederum den Erwachsenen geltend zu machende Rechte über das Kind geben. Man kann hier also von einem Prozess der Autoritäts-Konstruktion-Dekonstruktion-Rekonstruktion sprechen, der parallel zur Verbreitung des Freiheitsgedankens abläuft.

Beide, der beschriebene dialektische Prozess ebenso wie das Auftauchen des Freiheitsthemas, sind kennzeichnend für die neuere Geschichte von Hobbes (bei dem noch alle Pflichten, oder beinahe alle, beim Kind liegen und alle Rechte beim Vater) über Locke (der als erster die Grundlagen liberaler Erziehung formuliert, aber die Kindheit immer noch mit Begriffen des Mangels und der Unvollständigkeit beschreibt) bis zu Rousseau (der der Devise „das Kind Kind sein lassen“ zum Durchbruch verhilft). Bei all diesen Entwicklungen überdauert indessen ein normativer, nicht problematisierter Rahmen im Hintergrund, der es trotz allem ermöglicht, „Gewissheiten“ in Erziehungssachen zu haben und so mit ausreichender Sicherheit entscheiden zu können, was man einem Kind erlauben kann und was man ihm verbieten muss. Jedes Mal steht dabei die Abgrenzung von Dressur und Erziehung auf dem Spiel, aber niemals die Erziehung selbst als Möglichkeit.

An dieser Stelle wird der Hauptunterschied zur gegenwärtigen Debatte der *contemporains* offenkundig: Obgleich wir heute weiterhin anerkennen, dass man sich das Kind als frei vorzustellen hat (und hierin sind wir die Erben der *modernes*), wissen wir doch nicht mehr mit ausreichender Gewissheit, in welchem Sinne diese „Freiheit“ zu verstehen ist. Die libertären Auswüchse der liberalen Ideologie einerseits, die dazu führen, Freiheit mehr als Unabhängigkeit denn als Autonomie zu verstehen, und die Auswirkungen der Philosophie der *Dekonstruktion* andererseits, welche besonders auch die Freiheitsidee betreffen, bringen heute unsere Vorstellungen von Normativität allgemein ins Wanken, was erklärt, warum in Sachen legitimer erzieherischer Autorität zunehmende Ungewissheit herrscht. Die spezifisch zeitgenössische Problematik stellt sich wie folgt dar: Wie kann man in einer Gesellschaft gleichberechtigter Menschen den Zugang der Kinder zu dieser Gleichheit hinreichend begrenzen, um die Voraussetzungen für erzieherische Arbeit zu schaffen, ohne dabei auf veraltete Formen elterlicher oder schulischer Autorität zurückzufallen?

Wenn man also die Hypothese von der „Befreiung des Kindes“ im Großen und Ganzen für gültig erklärt, wird die Frage des eventuellen Verbleibens einer „autoritären“ Komponente in der Erziehung vorrangig. Darum geht es Renaut in *La fin de l'autorité*. Die Radikalität der Fragestellung, ihre Dringlichkeit und der „dramatische“ Tonfall hängen mit der Tatsache zusammen, dass diese „autoritäre“ Komponente offenbar so untrennbar zur Erziehung gehört, dass in Wirklichkeit die Möglichkeit erzieherischen Wirkens überhaupt auf dem Spiel steht.

Nach dem Anknüpfen an die Geschichte der Fortschritte und Rückschläge auf dem Weg der Anerkennung der „Rechte des Kindes“ wagt Renaut nur einen vorsichtigen Ausblick in die Zukunft, indem er sich darauf beschränkt, mögliche Entwicklungen aufzuzeigen. Hier zeichnen sich hauptsächlich zwei Richtungen ab. Die erste Möglichkeit ist konservativ und auf die Verteidigung all dessen ausgerichtet, was in der Schule (aber auch in der Familie) an „Traditionellem“ noch besteht. Renaut gesteht dieser ersten Perspektive eine gewisse Legitimität zu, doch tut er dies auf eine ausgesprochen defensive Weise, indem er sich darauf beruft, dass es eben nicht möglich ist, alle traditionellen Elemente aus der Erziehung auszumerzen. Doch könne es sich hier nur um die „Tradition des Wissens“ handeln, die ja notwendigerweise zu vermitteln sei. Um sich von den

„autoritaristischen“ Weiterführungen dieser ersten Ausrichtung abzugrenzen, unterstreicht Renaut jedoch umgehend, dass die Art und Weise, wie diese Vermittlung vonstatten geht, grundlegend neu überdacht werden muss. Auch den Verfechtern der zweiten Perspektive, die ihrerseits die Idee des Vertrags über alle anderen Lösungsvorschläge stellen, folgt der Autor nicht bis ins Letzte. Zwar führt er wie sie die Logik der „Rechte des Kindes“ weiter, aber er macht auch die Dialektik dieser Logik geltend, die zwangsläufig zur Anerkennung des Prinzips der Begrenzung dieser Rechte (Freiheitsrechte, „droits-libertés“) im Namen anderer Rechte (Kindern geschuldeter Rechte, „droits-créances“) führt. So begrenzen sich Sorgerecht und Freiheitsrecht gegenseitig: „Es ist das Sorgerecht, das der Anwendung des Freiheitsrechts eine Grenze setzt, während zugleich die Anerkennung des Freiheitsrechts vor einer allzu behütenden Erziehungspraxis schützt. Kinder sollen also vor zu viel Freiheit geschützt und vor zu viel Schutz befreit werden, eine wechselseitige Beschränkung, die es – jenseits der ‚libertären‘ und ‚protektionistischen‘ Auswüchse in der Erziehungsdiskussion – ermöglichen sollte, Eltern und Lehrern die Orientierungshilfen zurückzugeben, die sie brauchen, aber in früheren Autoritätsvorstellungen nicht mehr finden können“ (Renaut a.a.O., S. 181f.; Übers. A.S.). Eben in ihrer Fähigkeit, diese beiden Formen des Rechts miteinander zu verbinden, können Erzieher (Eltern und Lehrer) eine neue Begründung und Rechtfertigung ihrer Macht über die Kinder (Schüler) finden. Diese neue Legitimation kann vermutlich nicht mehr das Gewicht erreichen, welches früher das Autoritätsprinzip hatte, doch entspricht sie dem demokratischen Denken der modernen Gesellschaften mehr.

Aber so sehr Renaut auch jeweils zu der Gewissheit steht, dass eine Wiederherstellung des Autoritätsprinzips unmöglich ist, und so deutlich er die Überzeugung äußert, dass wir heute das „Ende der Autorität“ erleben, so unsicher und ratlos zeigt er sich, wenn es darum geht, die neue Beschaffenheit einer auf ihre „Nacktheit“ reduzierte Macht zu bestimmen: „Mehr noch als beim Abschluss aller anderen Bücher, die ich hier und da geschrieben habe, bin ich am Ende dieses Bands der Überzeugung, dass es Sache meines Lesers ist, aus der Lektüre die ihm einleuchtenden Schlussfolgerungen zu ziehen“ (Renaut a.a.O., S. 269; Übers. A.S.).

Als Renaut schließlich selbst diese reflektierende Haltung des Lesers einnimmt, bekennt er, zwischen zwei möglichen Interpretationen seiner eigenen Überlegungen zu schwanken. Die erste widmet sich bevorzugt dem Thema der Emanzipation und beglückwünscht sich zu dieser „Entblößung“ der Macht und zu den neuen Möglichkeiten, eine reflektiertere, auf Diskussion und Argumentation beruhende Demokratie voranzubringen: „Weniger Autorität, mehr kritisches Denken. Weniger Mitläufertum, mehr Distanz. Weniger akzeptierte, erwünschte, gar geliebte Unterwerfung, mehr Unabhängigkeit gegenüber denjenigen, die über diese oder jene Macht verfügen“ (Renaut a.a.O., S. 260; Übers. A.S.). In seiner zweiten Interpretation zeigt sich Renaut hingegen empfänglicher für die problematischen Auswirkungen des Autoritätsabbaus, d.h. für die Komplizierung, Destabilisierung und Fragilisierung der sozialen Bindungen: „Mehr Autonomie, aber weniger Orientierungshilfen. Mehr Wahlfreiheit, aber weniger Sicherheiten. Mehr Diskussionsräume, aber auch mehr Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Einzelnen oder Gruppen, wo man sich über die jüngsten Überzeugungen

streitet“ (Renaut a.a.O., S. 261; Übers. A.S.). Es scheint, als habe der Verzicht auf das Unterbinden aller weiteren Fragen, dem früher die Berufung auf das *Autoritätsprinzip* bei der rückwärts gewandten Suche nach Legitimierungen diene, zu einem Ausufernden des *Diskussionsprinzips* geführt, das jede Neubegründung definitiv ungewiss und unbeständig werden lässt.

2. Autorität als Grundlegung der gemeinsamen Welt: Grenzen des prozeduralen Modells

Es sieht ganz so aus, als würde Myriam Revault d'Allonnes (2006) die Ungewissheit, mit der Renaut seine Untersuchung ausklingen lässt, zum Ausgangspunkt ihrer eigenen Überlegungen machen, um diese Haltung abzulehnen. Die mangelnde Stichhaltigkeit der Ausführungen Renauts ließe sich in ihren Augen darauf zurückführen, dass das „Ende der Autorität“ keine zutreffende Diagnose darstellt. Ebenso wie Renaut distanzieren sich Revault d'Allonnes (auch 2004, 2005) deutlich von allen „restaurativen“ Antworten: „Aufforderungen, die Autorität wieder herzustellen, machen den Begriff selbst vollkommen widersinnig“ (Revault d'Allonnes 2006, S. 11; Übers. A.S.), denn sie setzen notwendigerweise einen Rückgriff auf Kraft oder Zwang voraus, so geringfügig er auch sein möge, der sich der Autorität jedoch aus Prinzip verbietet. Zudem sollte man über dieses grundsätzliche Argument hinaus anerkennen, dass einige irreversible historische Umbrüche stattgefunden haben, die nostalgische Vorschläge heutzutage unglaublich erscheinen lassen. Revault d'Allonnes achtet ebenso wie Renaut ferner sorgfältig darauf, das Autoritätskonzept von einer gewissen Anzahl benachbarter Konzepte zu unterscheiden (Macht, Kraft, Herrschaft, Gewalt...). Wie Arendt – unter besonderer Berufung auf die griechischen Vorbilder – Macht (mehr *Macht mit* als *Macht über*, als „Fähigkeit, in Abstimmung mit anderen zu handeln“) von Gewalt unterscheidet, um das Wesen des Politischen zu verdeutlichen, lehnt es Revault d'Allonnes ab, in der Autorität schlicht und einfach ein Attribut der Macht, also nur das Mittel zu ihrer Rechtfertigung und Durchsetzung, zu sehen. Obgleich aber dieser Verweis auf die römische Antike nach Auffassung der Autorin dem Nachdenken über Autorität auch heute noch als hinlänglich beständige „Matrix“ dienen kann, kann er doch nicht in der Substanz wieder aufgegriffen werden und bedarf einiger Korrekturen.

Ebenso wie Renaut schließlich tritt Revault d'Allonnes prinzipiell für eine Periodisierung der Geschichte der Autorität ein, die sie wie er in drei Epochen einteilt: die Antike („le moment antique“), die Neuzeit („le moment moderne“) und die Gegenwart („le moment contemporain“). Revault d'Allonnes interpretiert das Zusammenspiel dieser verschiedenen Epochen jedoch deutlich anders. Während sie die größte Umwälzung zwischen der zweiten und dritten Epoche – Neuzeit und Gegenwart – ansiedelt, sah Renaut den wesentlichen Umbruch zwischen der ersten und zweiten Epoche im Aufkommen des neuzeitlichen Denkens, insofern als hier Transzendenz (Heteronomie des Autoritätsprinzips) in Immanenz (Subjektivismus und Vertragsgebundenheit als künftig einzig mögliche Quellen jedweder Legitimität) umschlägt. Die Gegenwart verlängert aus

dieser Sicht nur die vorhergehende Epoche im Sinne einer Vertiefung und Radikalisierung bereits vorhandener Fragen. Diese Interpretation hält Revault d'Allonnes jedoch für falsch: „Unter dem Vorwand, das moderne neuzeitliche Denken habe jegliche Autorität abgelehnt, die ihren Ursprung im Göttlichen oder in der Tradition hat, und habe ihre Begründung in sich selbst gesucht, gibt man zu glauben vor, die Autonomie des Individuums führe in dieser neuen menschlichen Ordnung zu einem Verlust legitimierender Instanzen. In einer Welt, in der die Abstimmung individueller Wünsche Vorrang hat, würde nur die – durch vertragliche Vereinbarungen bestmöglich regulierte – subjektive Willkür überdauern“ (Revault d'Allonnes a.a.O., S. 12; Übers. A.S.). Sie fragt: „Hat die moderne kritische Emanzipationsbewegung jeden Bezug zu einer außen stehenden Instanz verloren? (...) Leidet die Gleichheit nicht unter der Nichtanerkennung jeglicher Asymmetrie?“ (Revault d'Allonnes ebd.; Übers. A.S.). In Wirklichkeit habe der Umschwung, den die Neuzeit mit sich gebracht hat, nur darin bestanden, eine Autorität durch eine andere zu ersetzen, die der Vergangenheit durch die der Zukunft, und erst in der Gegenwart sei die Frage der Legitimität wirklich problematisch geworden, als die Autorität der Zukunft selbst sich verflüchtigt habe. In diesem Sinne ist die heutige „Krise der Autorität“ nicht das Ergebnis einer Radikalisierung des „neuzeitlichen“ Umbruchs, sondern Anzeichen für eine grundlegendere Krise, nämlich eine „Krise der Zeitlichkeit“ („*crise de la temporalité*“), die insofern neu ist, als die aufgeklärten Menschen der Neuzeit sie nicht empfanden. Diese Krise der Zeitlichkeit bringt zwangsläufig eine Krise der Autorität mit sich, sobald – dank der doppelten Berufung auf die Erfahrungen der Antike und der Neuzeit – feststeht, dass „die Zeit selbst Autorität ist“ (S. 15).

Um welche Erfahrungen handelt es sich, wer autorisiert diese Schlussfolgerung? Auf Seiten der Antike stützt sich Myriam Revault d'Allonnes auf den Gegensatz zwischen dem politischen Denken der Griechen, das hauptsächlich in einer Theorie des *Raums* (oder mehrerer Räume) besteht, und dem politischen Denken der Römer, das dem Phänomen der Autorität mehr Aufmerksamkeit schenkt und an der Frage der *Zeit* ausgerichtet ist; nicht die lineare oder chronologische Zeit der Ereignisgeschichte ist gemeint, sondern diejenige, die das Bestehen der gemeinsamen Welt sichert, jene „öffentliche Dauer“, die den Fortbestand der Generationen nach den Regeln der Vererbung und Abstammung garantiert. Diesen Gegensatz legt die Autorin doppelt aus: Indem sie erstens die Griechen zu den wahren Erfindern der Demokratie ernannt, d.h. des öffentlichen Raums als Wiege der politischen Macht, die auf den Grundsätzen der Öffentlichkeit und Diskussion beruht (als Macht des Arguments und der gemeinsamen Vernunft), kann sie den in der Neuzeit eingeleiteten Umbruch relativieren und damit anders interpretieren als Renault. Zweitens kann sie dies tun, indem sie in den Römern die Begründer eines Autoritätskonzepts sieht, das sich von dem der Macht unterscheidet, selbst wenn diese legitim ist, und das in erster Linie zeitlich zu verstehen ist. Denn wenn Autorität ganz bestimmt nichts mit Kraft, Zwang und Herrschaft zu tun hat (alles Formen illegitimer Macht), so hat sie ebenfalls nichts mit dem (legitimen) Einsatz von Überredung mit den Mitteln der Vernunft und ihrer Argumente zu tun. Die Besonderheit des Autoritätsverständnisses besteht in der Unterscheidung von „Befehl“ und „Ratschlag“, d.h. in der gleichzeitigen Ablehnung purer Befehlsgewalt einerseits und absoluter

Gleichheit andererseits: „Die autoritäre Beziehung ist weder egalitär noch ist sie hierarchisch im strengen Sinne von Befehl und Gehorsam, sondern sie ist durch eine, wenn man so will, nicht-hierarchische Asymmetrie gekennzeichnet“ (Revault d’Allonnes a.a.O., S. 41; Übers. A.S.).

Obgleich Revault d’Allonnes einräumt, dass der Durchbruch der Neuzeit und Moderne das Verschwinden eines gewissen Autoritätsverhältnisses mit sich bringt, wirft sie doch die Frage auf: „Aber leben wir gleichwohl in einer Welt ohne Autorität?“ (S. 77). Und sie antwortet darauf, dass wir – trotz des Verlusts des „religiösen“ Vertrauens in einen geheiligten Anfang, das die Gründungserfahrung der Römer bestimmt hatte – immer noch mit der Frage konfrontiert sind, „was heute unsere Erfahrung des Miteinanders zusammenhält“ (S. 78). Um diese Hypothese zu stützen, interessiert sich Revault d’Allonnes dafür, worin das wirklich Neue der Neuzeit und Moderne – das, was ihre „Legitimität“ (Blumenberg) begründet – besteht. Von Descartes (und dem Kampf der Vernunft gegen Vorurteile) bis zu Kant (und der Apologie des „Selbstdenkens“) scheint die Moderne ihre Autorisation allein aus sich selbst zu beziehen und zwar derart, dass ihre Besonderheit gerade im Willen zu bestehen scheint, mit jeder Form von Autorität zu brechen, und in der Eroberung einer maximalen Autonomie im Verhältnis zu jeglicher Transzendenz. Dennoch sind es in Wirklichkeit mehr das Ausmaß des Projektes selbst und die Forderung, von der es zeugt, als die tatsächliche Umsetzung, welche die Besonderheit dieser Moderne ausmachen: „Die Beschaffenheit des Projekts der Moderne ist auf die von ihm ausgehende Forderung nach Umbruch und Erneuerung zurückzuführen, nicht auf die Erfüllung dieser Forderung (...). Man darf also Selbstbestätigung und Selbstermächtigung nicht verwechseln...“ (Revault d’Allonnes a.a.O., S. 86f.; Übers. A.S.).

Wie aber soll man diese geschichtliche Entwicklung verstehen? Wie soll man den Zusammenhang dieses Projekts einer *tabula rasa*, das natürlich immer nur ein Projekt, eine Forderung bleiben kann, mit dem interpretieren, was ihm vorausgegangen ist und was es in gewissem Sinne bestimmt hat? Revault d’Allonnes beruft sich auf die Überlegungen Blumenbergs und lehnt die von „Säkularisierungstheorien“ favorisierte Interpretation ab. Die Moderne entsteht für sie nicht aus der „Umleitung“ eines vorherigen religiösen Denkens, das seine „heimliche Matrix“ bliebe. Man erinnere sich an bestimmte Thesen Carl Schmitts, wonach der moderne Staat ein neues Abbild des Göttlichen darstellt und Souveränität die Fähigkeit zu entscheiden, einen absoluten Beginn zu setzen, bedeutet. Aus dieser „absolutistischen“ Lesart entwickelt Schmitt seine Kritik am Liberalismus (und seiner Neutralität) als Hauptursache für den Niedergang der Politik und begründet die Notwendigkeit, das Autoritätsprinzip in seiner traditionellen, absolutistischen und entschiedensten Form wieder herzustellen. Revault d’Allonnes verwirft diese Lesart jedoch aus Gründen, die tiefer gehen als die Befürchtung eventueller „despotischer“ Anverwandlungen der Interpretation der Moderne als „Säkularisierung“. Sie sieht darin vor allem einen Widerspruch zu ihrer Hauptthese, Autorität sei „Macht der Anfänge“, auch der Neuanfänge, nicht im Sinne eines Rückgriffs auf überkommene Antworten, sondern eines neuen Stellens alter Fragen, deren Beantwortung zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr zufriedenstellend ausfällt. „So paradox es auch erscheinen mag, wirft der Verlust der Autorität der Tradition in der Neuzeit die Frage der

Weitergabe auf, insofern als er eine Ermächtigung vorantreibt, die sich nicht mehr auf eine schon immer bestehende Vergangenheit berufen kann. (...) Zwar haben die neuzeitlichen Menschen die Autorität der Tradition verworfen, (...). Aber sie konnten sich nur selbst einsetzen und ihre Existenz und ihr Überdauern nur sichern, indem sie sich eine Garantie für eine denk- und machbare historische und politische Zukunft gegeben haben. Sie haben sich also auf die Weitergabe, d.h. auf die Zukunft, berufen“ (Revault d’Allonnes a.a.O., S. 15; Übers. A.S.). Rousseau, Kant und Tocqueville, die ja üblicherweise herangezogen werden, um diese Selbst-Einsetzung der Gesellschaft zu belegen, werden von der Autorin zitiert, um ganz allgemein festzustellen, dass „die Frage der Autorität nicht mehr die ihres Ursprungs, sondern die ihrer Weitergabe“ (S. 107) ist und dass die vertragliche Dimension der sozialen Bindungen (Rousseau) auf der Frage der Weitergabe beruht: „Früher schritt man von der Tradition zur Weitergabe, die Menschen der Neuzeit und Moderne gehen umgekehrt vor: von der Weitergabe zur Autorisation. Wir sind von der Autorität der Tradition zur Autorität der Weitergabe übergegangen. Die Frage lautet nicht mehr ‚Woher kommt die Autorität?‘, sondern ‚Wohin geht die Autorität?‘“ (Revault d’Allonnes a.a.O., S. 108; Übers. A.S.).

So wird ein anderer Bezug zur Zeit hergestellt, bei dem das „bleierne Übergewicht“ der Vergangenheit zugunsten der Zukunft verblasst. Diesen neuen Zeitbezug bringen die Fortschrittsphilosophien, die für die Neuzeit und Moderne typisch sind, exemplarisch zum Ausdruck. Das verdeutlichen drei thematische Aspekte: „eine progressive Geschichtsauffassung, der Glaube an eine – mit der Idee des Fortschritts verbundene – Beschleunigung, die Überzeugung, dass die Geschichte gestaltet werden muss und vom Menschen beherrschbar ist“ (Revault d’Allonnes a.a.O., S. 134; Übers. A.S.). Aber gerade diese drei Dimensionen des Projekts der Moderne sind heute ganz besonders problematisch geworden. Jenseits vom „Ende der Ideologien“ und dem Untergang der „großen Erzählungen“ ist ganz nüchtern folgende Bilanz zu ziehen: „Die Zeit hat aufgehört etwas zu versprechen“ (S. 138). Und es erweist sich heute, dass „die doppelte Herkunft, auf welche die Autorität sich beruft, weder (...) im Reichtum einer Vergangenheit besteht, auf die man sich mit wiederholtem Unterwerfungsgestus bezieht, noch in dem einer zur Erledigung (d.h. zu einer anderen Art von Unterwerfung) verdamnten Zukunft“ (Revault d’Allonnes a.a.O., S. 152; Übers. A.S.).

An dieser Stelle führt Revault d’Allonnes den Begriff der *öffentlichen Dauer* ein, der ihr dazu dient, die Grenzen eines ausschließlichen Bezugs zum öffentlichen Raum zu überschreiten und über die Beschaffenheit sozialer Bindungen nachzudenken. Sie fragt: „Ist es nicht jene aus der *öffentlichen Dauer* hervorgegangene Transzendenz, von der die Autorität herrührt?“ (ebd.). Denn die Frage nach der Transzendenz oder einer außenstehenden Instanz ist nach wie vor äußerst treffend, auch wenn eine ausschließlich restaurative Perspektive nicht vorstellbar ist. Die Frage nach der Autorität ist demnach heute die nach den zulässigen (nicht-hierarchischen) Formen einer asymmetrischen Beziehung. Wie man sich erinnern wird, war diese Frage auch schon bei Renaut anzutreffen im Zusammenhang mit den möglichen Formen einer Erziehung, die einerseits der juristischen Gleichheitsforderung gerecht werden und andererseits der Asymmetrie, die das Kind aufgrund des anthropologischen Unterschieds zwangsläufig in eine (provi-

sorische) Abhängigkeit vom Erwachsenen bringt. Der Verfasser hatte sich darum bemüht, eine möglichst „kontraktualistische“ Antwort zu geben, indem er sich auf das dialektische Zusammenspiel von Rechten und Pflichten berief. Diese Antwort bleibt jedoch für Revault d’Allonnes unzureichend, und die Ratlosigkeit, die Renault abschließend zum Ausdruck bringt, scheint ihr darin Recht zu geben, da diese unklare Haltung der Transzendenz nicht gerecht wird, die in den Augen der Verfasserin für das Autoritätsverhältnis konstitutiv ist. Nur die Dimension der Zeit, in ihrer Ausprägung als öffentliche Dauer, ist nach ihrer Auffassung imstande, diese Anforderung erfüllen.

Die Institution Schule beruht nach Revault d’Allonnes nicht allein auf einem Pakt oder einem Vertrag. Ihre wahre Funktion besteht darin, die drei Dimensionen der Zeit – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft – miteinander zu verbinden, um „das zeitliche Teilen der gemeinsamen Welt“ zu ermöglichen, „die nicht nur von verschiedenen, miteinander koexistierenden Generationen – den ‚Zeitgenossen‘ – bewohnt wird, sondern auch von den ‚Vorgängern‘, die verstorben sind, und von denen, die noch geboren werden, den ‚Nachfolgern‘“ (ebd.).

Diese Sichtweise auf die Institution Schule ist jedoch nur möglich, wenn man sich im Vorfeld von anderen Interpretationen distanziert: von der allein kontraktualistischen Sichtweise ebenso wie von Ansätzen, die in ihr entweder ein reines Herrschaftsinstrument sehen (wie etwa Pierre Bourdieu) oder einen nur zur Bewahrung der Vergangenheit bestimmten Ort (wie es derzeit „nostalgische“ Beiträge zum Thema suggerieren). Richtig ist, dass dies eine schmale Gratwanderung bedeutet, und Revault d’Allonnes bringt ihre Zweifel selbst klar zum Ausdruck (a.a.O., S. 259).

Bedeutet dies alles nicht das Verschwinden der Zeit zugunsten des Raums und ist das nicht unvermeidlich von dem Augenblick an, wo das *Diskussionsprinzip* trotz allem endgültig den *öffentlichen Raum* unterstützt als einzigen „Ort“, wo heutzutage eine legitime Autorität aufgebaut werden kann? Selbst wenn sich natürlich die Berücksichtigung der Vorfahren und Nachkommen als wesentlich erweist, da sie garantiert, dass die Perspektiven aller „betroffenen“ Personen beachtet werden. Diese Berücksichtigung kann allerdings nur auf dem Wege der Vorstellung stattfinden (denn eine tatsächliche Diskussion würde ja die Anwesenheit aller Beteiligten voraussetzen), wovon einige Formulierungen in der aktuellen öffentlichen Debatte durchaus zeugen: Da ist die Rede von der „Pflicht der Erinnerung“, dem „Prinzip der Vorsicht“, der „nachhaltigen Entwicklung“ usw. Zugleich bringt dieser virtuelle Dialog mit der Vergangenheit und der Zukunft neue – nicht nur auf rationaler Argumentation beruhende – diskursive Strategien in die Diskussion ein.

Auch aus diesem Grund wohl kontrastiert die ausgesprochen paradoxe Haltung der beiden letzten Sätze des Essays mit der vom Titel suggerierten Klarheit und Einfachheit. Die beiden Sätze seien auch hier abschließend genannt: „Anfangen heißt Anfangen weiterzumachen. Doch Weitermachen heißt auch Weitermachen anzufangen“ (S. 264).

Fazit

Ob man nun die Ratlosigkeit des Philosophen Renaut hinsichtlich möglicher Folgen eines Prozesses betrachtet, den die philosophische Analyse als wohl unumkehrbar erweist, oder die widersprüchlichen Formulierungen heranzieht, mit denen die Argumentation Revault d'Allonnes schließt, die eigentlich die Voraussetzungen für eine mögliche Neubegründung von Autorität bestimmen wollte: Es sieht ganz so aus, als herrsche vor allem Ungewissheit, wenn beim Versuch, heutzutage über Autorität nachzudenken, auf einfache – naive oder nostalgische – Antworten verzichtet und statt dessen die Mühe nicht gescheut wird, jene neuzeitliche Erschütterung in vollem Umfang zu berücksichtigen, die Max Weber so treffend als „Entzauberung der Welt“ bezeichnet hat. Diese „Entzauberung der Welt“ ist weiterhin regelmäßig Gegenstand des soziologischen Diskurses, der wieder und wieder die Folgen einer offenbar unabwendbaren „Entinstitutionalisierung“ thematisiert, die wahrscheinlich den spürbarsten und deutlichsten Ausdruck der Weberschen Diagnose darstellt. Hier aber stellt die Frage der Autorität sich unzweifelhaft auch für den philosophischen Diskurs, der die Autoritätsproblematik in ihrem Verhältnis vor allem zu soziologischen Erkenntnissen, aber auch zu den Geistes- und Sozialwissenschaften insgesamt untersuchen sollte. Eine Wittgensteinsche Vorsicht, welche die eingehende Prüfung von Hypothesen nicht ausschließt, soweit sie neue Zusammenhänge offen legen können, muss offenbar zur Vorbedingung für die philosophische Untersuchung von Fragen gemacht werden, über die heute zahllose Erkenntnisse aus den Nachbarwissenschaften vorliegen.

Literatur

- Renaut, A. (2002): *La libération des enfants. Contribution philosophique à une histoire de l'enfance*, Paris: Bayard et Calmann-Lévy.
- Renaut, A. (2004): *La fin de l'autorité*. Paris: Flammarion.
- Revault d'Allonnes, M. (2004): *De l'autorité à l'institution: la durée publique*. *Esprit*, n° 8, Août-Septembre 2004.
- Revault d'Allonnes, M. (2005): *Le temps et l'autorité. À propos d'Alexandre Kojève*. *Esprit*, n° 3–4, Mars-Avril 2005.
- Revault d'Allonnes, M. (2006): *Le Pouvoir des commencements. Essai sur l'autorité*. Paris: Seuil.

Abstract: French philosophy has taken up the issue of authority and adopted rather radical positions in postulating either the “end of authority” or its re-establishment. In contrast to the phenomenological or hermeneutical approaches, which reveal different facets of – e.g. educational – situations in which authority is claimed, philosophical thinking is determined by a certain one-sidedness. In view of the hesitant, helpless, and contradictory consequences drawn by the philosophical contributions presented in this article, it becomes clear that, in the future, philosophy should not so much sing the praises or lament the decline of authority but, rather, redefine the prerequisites for a reflection on authority.

Anschrift des Autors:

Dr. Roger Monjo, Maître de conférence, Département des sciences de l'éducation, Université Paul Valéry, Route de Mende, 34199 Montpellier cedex5, France, E-Mail: roger.monjo@wanadoo.fr